Antrag

Initiator*innen:	Elias Görth	(RBZ Wirtschaft .	Kiel)

Titel: Für eine lebendige Erinnerungskultur:

Verpflichtende KZ-Besuche für alle

Schüler*innen, Extremismus bekämpfen

Antragstext

2

3

4

5

8

9

10

11

12

13 14

15 16

17

18

Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

- Der 2.11. wird zu folgendem Wortlaut geändert: "weggefallen"
 - 2. Es wird ein 17. mit dem Titel "Extremismus und Erinnerungskultur" im folgenden Wortlaut eingefügt:
 - "17.1. Wir fordern, dass Lehrkräfte, deren Handeln der freiheitlichdemokratischen Grundordnung zuwiderläuft im Rahmen der beamtenrechtlichen Möglichkeiten konsequent aus dem Schuldienst entfernt werden.
 - 17.2. Wir fordern bezüglich 17.1. eine verstärkte Sensibilisierung der Schulleitungen und Schulaufsichten.
 - 17.3. Wir fordern, dass jede*r Schüler*in in Schleswig-Holstein während seiner Schulzeit wenigstens ein Mal ein Konzentrations-/Vernichtungslager besucht haben muss.
 - 17.4. Wir fordern umfangreiche Aufklärung in den Schulen und in allen Unterrichten bezüglich Extremismus, vor allem Rechtsextremismus und ein entschiedenes Vorgehen der Schulleitungen betreffend entsprechender Vorfälle."

Begründung

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung bildet das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Lehrkräfte tragen als Vorbilder und Multiplikatoren eine besondere Verantwortung, diese Werte zu vermitteln und zu schützen. Daher ist es unerlässlich, dass Personen, die mit ihrem Handeln den demokratischen Grundprinzipien entgegenwirken, konsequent aus dem Schuldienst entfernt werden. Eine stärkere Sensibilisierung der Schulleitungen und Schulaufsichten für solche Fälle ist notwendig, um frühzeitig und effektiv eingreifen zu können.

Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus, stellt eine ernsthafte Gefahr für unsere Gesellschaft dar. Um dieser Bedrohung nachhaltig entgegenzutreten, sind Bildung und Aufklärung zentrale Werkzeuge. Schüler*innen müssen über die Ursachen, Erscheinungsformen und Gefahren extremistischer Ideologien umfassend informiert werden. Nur so können sie lernen, Manipulationsversuche zu erkennen und sich aktiv für Demokratie und Toleranz einzusetzen.

Ein verpflichtender Besuch eines Konzentrations- oder Vernichtungslagers während der Schulzeit ist ein wichtiger Beitrag zur Erinnerungskultur. Er fördert das Bewusstsein für die Schrecken und Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur und hilft, Geschichtsvergessenheit und Relativierungen vorzubeugen. Diese Erfahrung wirkt nachhaltig und trägt dazu bei, dass junge Menschen die Bedeutung von Menschenrechten, Vielfalt und Freiheit begreifen und schützen.